

Der oberpfälzische Bezirkstagspräsident Franz Löffler (CSU) über Postenansprüche, Transparenz in den Verwaltungen und öffentliche Wahrnehmung

„Von Haus aus eine größere Vertrauensbasis“

Nächstes Jahr wird nicht nur der Landtag neu gewählt, sondern auch die sieben Bezirkstage. Wir sprachen mit dem oberpfälzischen Bezirkstagspräsidenten Franz Löffler über mögliche politische Veränderungen.

BSZ Herr Bezirkstagspräsident, bei der Bundestagswahl haben die etablierten Parteien einen mächtigen Dämpfer erhalten – glauben Sie, dass Wähler ihren Unmut auch bei den Bezirkswahlen im nächsten Jahr entsprechend äußern könnten und wenn ja, welche Auswirkungen würde das auf die Arbeit in den Bezirksparlamenten haben?

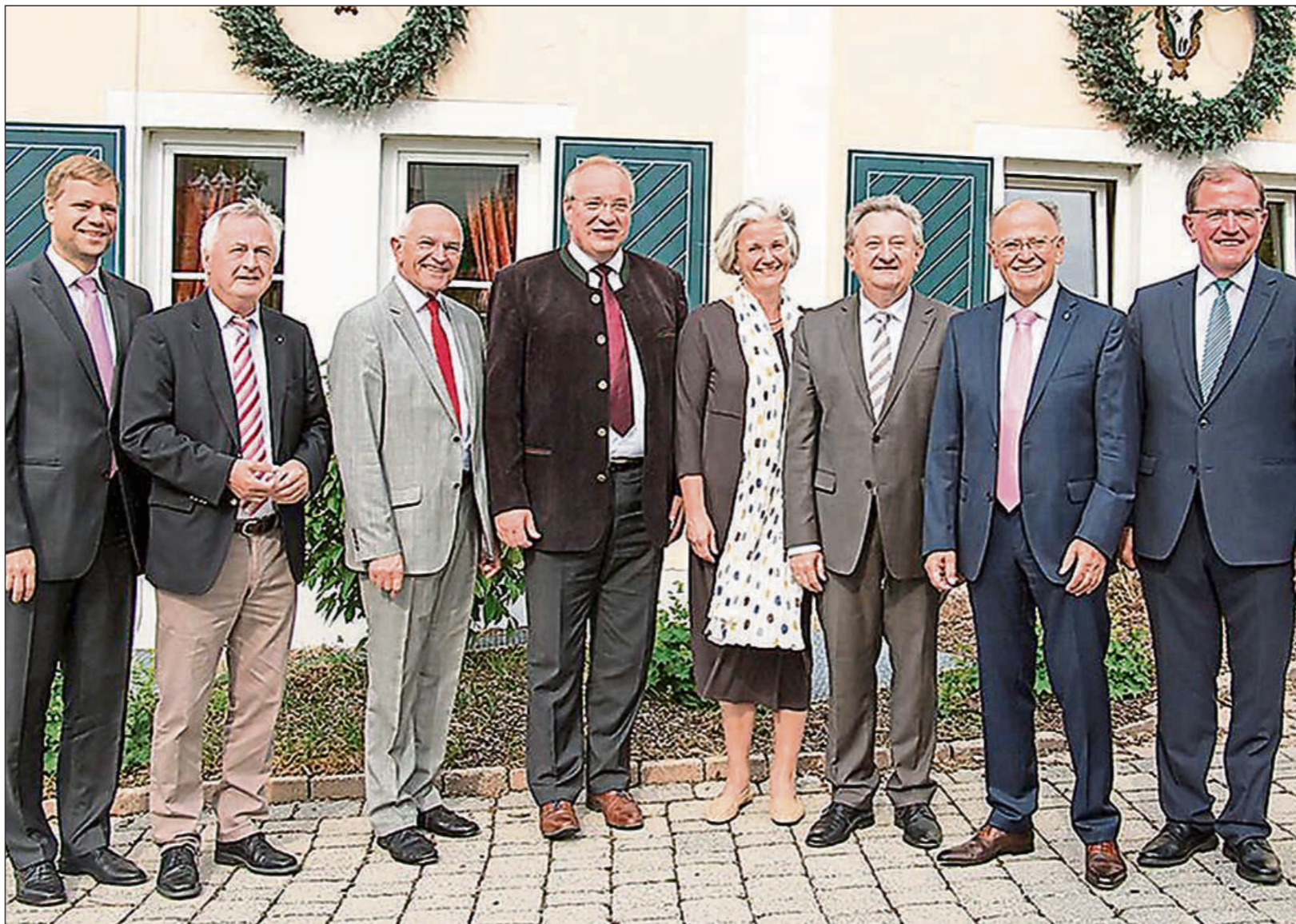
LÖFFLER Bei der Bundestagswahl wurde deutlich, dass ein Teil der Wählerinnen und Wähler das Vertrauen in die Durchsetzungskraft des Staates, vor allem im Hinblick auf die Bewältigung der Flüchtlingsproblematik verloren hat. Dieses Vertrauen muss mit konkreten Handlungsweisen – von der Steuerung der Anzahl bis zur Rückführung abgelehnter und straffälliger Personen – wieder zurückgewonnen werden. Was die Bezirke und ihre Aufgaben in der Medizin und der psychiatrischen Versorgung, bei Pflege und Inklusion, in der Fischerei, in der Heimat- und Kulturpflege etc. betrifft, sehe ich hier aber von Haus aus schon eine größere Vertrauensbasis bei den Menschen.

BSZ Die Bezirkswahlen werden 2018 auch wieder eher im Schatten der Landtagswahlen stattfinden, oder?

LÖFFLER Das ist richtig. Umso mehr müssen wir deshalb besonderes Augenmerk darauf legen, neben den landespolitischen Themen unsere Leistungen für die Menschen in den Bezirken effizient und realistisch darzustellen. Nach der Wahl hoffe ich darauf, dass die Konzentration auf die Sachfragen in den Bezirksparlamenten so wie bisher bestimmend bleibt – zum Wohle der Menschen in den bayerischen Bezirken!

BSZ Wenn man sich die Zusammensetzung der Bezirksparlamente anschaut, dann sitzen dort viele verdiente Kommunalpolitiker – wäre eine stärkere Berücksichtigung von Praktikern aus Psychiatrie, Fischereifachberatungen und Heimatpflege nicht besser?

LÖFFLER Die Mitglieder der Bezirkstage wurden in dieses Gremium nicht deswegen gewählt, weil sie ausschließlich langjährige Kommunalpolitiker sind, sondern weil sie sich erfolgreich mit den Bezirksthemen wie Gesundheit, Soziales und Kultur



Der Passauer Landrat Franz Meyer (CSU, Dritter von rechts) begrüßte das politische Machtzentrum des Bayerischen Bezirkstags, den Hauptausschuss, bei dessen Tagung in Bad Griesbach (von links): Niederbayerns Bezirkstagspräsident Olaf Heinrich, dessen Kollegen Jürgen Reichert (Schwaben), Günther Denzler (Oberfranken) und Franz Löffler (Oberpfalz), die Geschäftsführerin des Bezirkstags, Stefanie Krüger, Bezirkstagspräsident Josef Mederer und Erwin Dotzel, unterfränkischer Bezirkstagspräsident. Neben den Abgebildeten zählen zum vollständigen Hauptausschuss auch noch die jeweiligen Direktoren der sieben Bezirksverwaltungen sowie einige Bezirksräte.

FOTO BSZ

auseinandersetzen und über ein sehr hohes fachliches Wissen in diesen Bereichen verfügen. Gerade die Tatsache, dass wir zum Beispiel mit der psychiatrischen Versorgung in die Fläche gehen, ist den Verantwortlichen im Bezirksparlament zu verdanken. Diese Themen stehen oft nicht so sehr im Blickpunkt der Öffentlichkeit, aber die betroffenen Menschen wissen das durchaus zu schätzen. Darüber hinaus werden fachliche Expertisen bei unseren Entscheidungen stets berücksichtigt. Zum einen verfügen wir in unseren Verwaltungen über hochqualifizierte Fachleute, zum anderen stehen wir in enger Verbindung zu den unterschiedlichsten Verbänden und Organisationen, die in den jeweiligen Bereichen aktiv sind.

BSZ Die Bundestagswahlen haben für Bayern das Ergebnis gebracht, dass die SPD nach CSU, AfD und Grünen nur noch den vierten Platz einnimmt, in den Kommunen liegen

die Freien Wähler bei den Mandaten vor den Sozialdemokraten. Trotzdem ist es in den Bezirken so geregelt, dass die SPD einen Vizepräsidentenposten bekommt. Warum muss das unbedingt so beibehalten werden?

LÖFFLER Die SPD ist nicht nur im aktuellen Bezirksparlament der Oberpfalz zweitstärkste Kraft. Es ist daher ein Zeichen demokratischer Stärke, auch diese Wählerstimmen in den Bezirkstagsgremien adäquat abzu-

„Info-Defizite reklamiert hat kein Bezirksrat“

bilden. Deshalb wurde zum Beispiel bei uns in der Oberpfalz das Amt des weiteren Stellvertreters einem Vertreter der SPD übertragen. Sollten sich hier bei der nächsten Wahl Änderungen ergeben, muss man das diskutieren.

BSZ Pflege, Inklusion und Naturschutz sind die wichtigsten Aufgaben der Bezirke. Wie könnte man deren öffentliche Wahrnehmung stärken – etwa durch eine Ausweitung der Kompetenzen?

LÖFFLER Die Zuständigkeit und die Stärke der Bezirke liegen im kommunalen Bereich. Ergänzend zu den Gemeinden und Landkreisen lösen wir Probleme mit deutlichem regionalen Bezug für die Bürger vor Ort. Gerade mit Einrichtungen wie psychiatrischen Kliniken und Kultureinrichtungen vertreten sind oder Pflege- und Behinderteneinrichtungen unterstützen, werden wir sehr wohl besser wahrgenommen. In diesem Bereich hat sich mit dem Schritt in die Fläche doch schon einiges verändert. Aber natürlich werden wir wie schon in den vergangenen Jahren unsere Öffentlichkeitsarbeit verstärken, zum Beispiel durch eine neue Homepage. Wir können unsere Aufgaben nur dann gut erfüllen, wenn

sie von den Menschen auch als gesamtgesellschaftliches Anliegen wahrgenommen werden.

BSZ Ist bei der Transparenz bereits das Maximum erreicht? Von den kleinen Parteien wird der oft Vorwurf erhoben, die Präsidenten klären vorab alles mit den Fraktionschefs von CSU und SPD und stellen die übrigen Bezirksräte vor vollendete Tatsachen gestellt?

LÖFFLER In sehr vielen Bezirkstagen gelingt es hervorragend, dass auch die kleineren Gruppierungen vollumfänglich in Entscheidungen eingebunden werden. Die Oberpfalz ist hierfür ein Beispiel. Ich kann mich nicht erinnern, dass in meiner Amtszeit ein Bezirksrat ein Informationsdefizit reklamiert hätte. Nur mit vollumfänglicher Information sind transparente Entscheidungen möglich. Dieser Grundsatz ist für mich Maßstab und Maxime unserer Arbeit.

Interview: ANDRÉ PAUL

KOMMENTAR

Wichtige Botschaft

VON ULRICH LECHLEITNER

Die Welt lebt – vor allem im Windschatten einer zunehmenden Digitalisierung – verstärkt von Bildern. Bilder ersetzen immer häufiger durch ihre Prägnanz und ihre professionell gemachte Suggestion Wortbeiträge und andere Schriftformen.

Da ist es nicht erstaunlich, dass nun auch der Bezirk Mittelfranken auf das Foto, besser auf großflächige Plakate, baut, um auf einige der drängendsten gesundheitlichen Entwicklungen und deren Folgen für Gesellschaft und Politik aufmerksam zu machen: Depressionen, Süchte, Essstörungen, Burnout – das alles sind keine neumodischen Hypes, hier handelt es sich um ernste Krankheitsbilder. Die Plakate, die der Bezirk in Umlauf brachte, sind deshalb bewusst aufrüttelnd.

Und genau das ist gut so. Denn sie lassen den Betrachter nicht allein mit ihrer Optik. Immer wird auch Hilfe angeboten, kann ein Betroffener lesen, wo er Rat einholen kann. Exakt diese Zweiteilung macht diese Plakate somit in ihrer Optik stark – und im Inhalt wichtig. Sinnvoll ist es auch, dass die Bezirkskliniken in Mittelfranken ihre Kampagne mit Betroffenen im Vorfeld abgestimmt haben.

So werden viele mitgenommen auf diesem Weg der Aufklärung. Allein die Zahl an Depression erkrankter Menschen beläuft sich in Deutschland auf über vier Millionen. Plakate dieser Art können selbstverständlich nicht alles leisten – aber sie können helfen, vieles zu tun. Das ist dem Bezirk Mittelfranken, schaut man auf die bisher positive Resonanz, gelungen.

11 000 Euro für Kulturprojekte in Mittelfranken

11 000 Euro zur Förderung von Museen, Sammlungen und Ausstellungen hat der Kulturausschuss des Bezirks Mittelfranken gebilligt: 1000 Euro kommen dem Hermann-Oberth-Raumfahrt-Museum in Feucht zugute, 10 000 Euro erhält der Zweckverband Kloster Heidenheim zum Bau einer Dokumentationsstätte. > **BSZ**

Absolventen in Ansbach feierlich freigesprochen

Mit einer Freisprechungsfeier endete für 43 Absolventen des „Berufsausbildungswerks Mittelfranken“ ihre zwei-beziehungsweise dreijährige Ausbildungszeit am Standort in Ansbach. In zehn unterschiedlichen Berufen der Fachrichtungen Wirtschaft und Verwaltung, Holz, Metall sowie Ernährung und Hauswirtschaft legten sie erfolgreich ihre Prüfungen vor der Industrie- und Handelskammer Nürnberg für Mittelfranken, der Handwerkskammer für Mittelfranken oder der zuständigen Stelle des Amtes für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten ab. Für 39 der nunmehr ehemaligen Schüler am Berufsausbildungswerk schließt sich aufgrund ihrer guten Leistungen die Übernahme in ein sozialversicherungspflichtiges Beschäftigungsverhältnis oder eine Weiterqualifizierung an. > **E.B.**

Informationsveranstaltung zum neuen psychiatrischen Krisendienst des Bezirks Oberbayern

Kompetente Hilfe vor Ort

Mit 15 Jahren bemerkt Kerstin Schultes, dass sie nicht so ist wie andere Teenager. Statt fröhlich und hungrig auf das Leben zu sein, plagen sie Angstzustände und Depressionen. Über Jahre hinweg schlittert sie von Krise zu Krise. Irgendwann sucht die junge Frau Zuflucht in Alkohol und Drogen. Heute sagt sie: „Ich wollte ja leben, aber ich wusste nicht, wie das geht.“ Entlastung und Hilfe brachte ihr erst ein Anruf beim Krisendienst Psychiatrie. „Ich hatte sofort das Gefühl, ernst genommen zu werden“, erzählt die Münchnerin. „Mit Hilfe des Krisendienstes bin ich Stück für Stück in die Realität zurückgekehrt.“

Der Bezirk Oberbayern nutzte kürzlich die 6. Münchner Woche für seelische Gesundheit, um über den Krisendienst Psychiatrie zu informieren. Im Rahmen der Veranstaltung schilderte nicht nur Kerstin Schultes eindrucksvoll ihren Aufbruch in ein stabiles Leben. Zu Wort kamen auch Mitarbeiter der Leitstelle und der aufsuchenden Einsatzteams sowie



Im Gespräch (von links): Michael Welschhold, Ärztlicher Leiter der Leitstelle Krisendienst Psychiatrie, Moderatorin Sybille Giel vom BR sowie Kerstin Schultes, Krisenerfahrene und ehemalige Klientin des Krisendienstes Psychiatrie.

FOTO BECHMANN

Angehörige und Menschen mit Krisenerfahrung. Bezirkstagspräsident Mederer beschrieb den Krisendienst als kompetentes und wohnortnahes Hilfsangebot. „Wir müssen psychische Krankheiten genauso sehen wie somatische

Leiden“, appellierte Mederer. „Es gibt keinen Grund, Menschen mit seelischen Erkrankungen auszugrenzen.“

Deshalb sei es immens wichtig, dass Menschen in seelischen Krisen ein auf ihre Bedürfnisse zuge-

schnittenes Notrufsystem haben. „Das ist aus meiner Sicht ein Beitrag zur Inklusion“, sagte Mederer. Der Bezirk Oberbayern fördert aus eigenen Mitteln den Krisendienst mit 7,4 Millionen Euro pro Jahr. Mederer verbindet mit dem geplanten Psychisch Kranken-Hilfe-Gesetz die Hoffnung, „dass der Freistaat Bayern wenigstens die Kosten für die Leitstelle übernimmt“.

Täglich von 9 bis 24 Uhr

Diese ist seit 1. Oktober täglich von 9 bis 24 Uhr unter der Nummer 0180 / 655 3000 in ganz Oberbayern erreichbar. Der stufenweise Aufbau des Krisendienstes ist damit abgeschlossen. Bisher haben sich pro Monat bis zu 1730 Menschen an den Krisendienst gewandt – mit steigender Tendenz. „Wir drücken keine Hilfe auf, sondern befähigen eigene Wege aus der Krise zu finden“, erklärte Amona Woyde. Die Sozialpädagogin ist Mitglied eines mo-

bilen Einsatzteams im Landkreis München, das Menschen in schweren psychiatrischen Notlagen zuhause aufsucht. Diskretion sei dabei oberstes Gebot. „Wir kommen anonym und ohne Blaulicht“, versprach Woyde. „Der Schutz der Betroffenen hat für uns Priorität.“ Doch das gelingt leider nicht immer. Manchmal verständigen Angehörige oder Nachbarn die Polizei, wenn sie bei einer seelischen Notlage in ihrem Umfeld nicht mehr weiter wissen, und wundern sich, wenn diese mit Blaulicht anrückt.

„Wir versuchen, immer Spannungen herauszunehmen und Gefahren zu beseitigen“, versicherte der Münchner Polizeivizepräsident Werner Feiler bei der Veranstaltung im Bezirk Oberbayern. „Damit leisten wir sozialpädagogische Hilfe, obwohl wir nicht dafür geschult sind.“ Deshalb wünsche sich die Polizei einen engen Kontakt zum Krisendienst. Wenn die Betroffenen es erlauben, so Feiler, „sind wir froh, wenn wir den Krisendienst hinzuziehen können“. > **CONSTANZE MAUERMAYER**